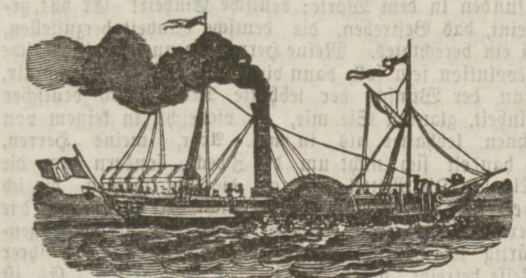
Danziger Dampfboot.

№ 21. **1864.**

Dienstag, den 26. Januar. **35ster Jahrgang.**



Das „Danziger Dampfboot" erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Abonnementspreis hier in der Expedition Portechaisengasse No. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.
Inserate nehmen für uns außerhalb an:
In Berlin: Retemeyer's Centr.-Ztgs.- u. Annonc.-Büreau.
In Leipzig: Illgen & Fort. H. Engler's Annonc.-Büreau.
In Breslau: Louis Stangen's Annoncen-Büreau.
In Hamburg-Altona, Frankf. a. M. Haasenstein & Vogler.

Berlin, 25. Januar.

Auf Allerhöchsten Befehl Sr. Majestät des Königs fand heute Nachmittags 3 Uhr der Schluß der gegenwärtigen Sitzungen des Landtags der Monarchie statt.

Zu diesem Zweck hatten sich die Mitglieder beider Häuser des Landtags im Weißen Saale des Königlichen Schlosses versammelt, woselbst der Präsident des Staats-Ministeriums, von Bismarck-Schönhausen, folgende Rede verlas:

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtages!

Seine Majestät der König haben mir den Auftrag zu ertheilen geruht, die Sitzungen der beiden Häuser des Landtages der Monarchie in Allerhöchst Ihrem Namen zu schließen.

Bei der Eröffnung der Sitzungs-Periode wurde von des Königs Majestät der dringende Wunsch kund gegeben, die zwischen Allerhöchst Ihrer Regierung und einem Theile der Landesvertretung entstandenen Zerwürfnisse ausgeglichen zu sehen. Dieser Wunsch ist nicht in Erfüllung gegangen, obwohl die Regierung Seiner Majestät es an entgegenkommenden Schritten nicht hat fehlen lassen.

Das Haus der Abgeordneten hat an demselben Standpunkte festgehalten, welcher zur Auflösung des letzten Hauses vor Ihnen führte. In angeblicher Vertheidigung verfassungsmäßiger Rechte hat es eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, welche den unverkennbaren Stempel des Strebens an sich tragen, diese Rechte ohne Rücksicht auf die Gleichberechtigung der übrigen Staatsgewalten und ohne Rücksicht auf das Wohl und die Interessen des Landes auszuüben.

Durch Ablehnung des Gesetzentwurfes Behufs Ergänzung des Artikel 99 der Verfassungs-Urkunde hat das Abgeordnetenhaus den Versuch zurückgewiesen, der Wiederkehr eines budgetlosen Zustandes ohne Beeinträchtigung der Rechte der Krone, wie der Landesvertretung vorzubeugen.

Dasselbe Hans hat den Staatshaushalts-Etat für das Jahr 1863, wenngleich ihm zur verfassungsmäßigen Prüfuug und Beschlußfassung über denselben bis zum Ablaufe des verflossenen Jahres noch eine ausreichende Zeit zu Gebote stand, gar nicht in Berathung gezogen; dagegen hat es in dem Etat für das eben begonnene Jahr nicht blos mehrere für die Bedürfnisse der Verwaltung unentbehrliche Dispositionsfonds gestrichen, sondern es hat auch in Bezug auf den Militair-Etat diejenigen Beschlüsse des früheren Hauses erneuert, mit deren Ausführung das preußische Heer der Schwächung und Zerrüttung Preis gegeben sein würde. Es hat diese Beschlüsse gefaßt ohne Vorberathung des Gesetzentwurfs über die Verpflichtung zum Kriegsdienste, dessen Vorlegung das frühere Haus zur Vorbedingung seiner Berathung des Militair-Etats gemacht hatte.

Durch diese Beschlußnahmen ist das Herrenhaus von Neuem veranlaßt worden, in Ausübung seines verfassungsmäßigen Rechtes, den ganzen Staatshaushalts-Etat für das Jahr 1864, wie er aus den Berathungen des Abgeordnetenhauses hervorgegangen war, zu verwerfen.

Dem Beschlusse des Hauses der Abgeordneten wegen Aufhebung der gegen einzelne Mitglieder desselben verhängten gerichtlichen Untersuchungshaft hat die Regierung, im Hinblicke auf die betreffenden Bestimmungen der Verfassungs-Urkunde, Folge gegeben.

Es kann aber nicht die Meinung der Regierung sein, daß es dem Ansehen der öffentlichen Rechtspflege und der Würde des Hauses entspreche, wenn dasselbe solchen Abgeordneten, gegen welche schon vor ihrer Wahl wegen hochverrätherischer Unternehmungen die Untersuchungshaft von dem zuständigen Gerichtshofe verfügt worden ist, die Theilnahme an den Berathungen des Hauses ermöglicht und dadurch den Schein einer Parteinahme für die gegen die äußere und innere Sicherheit des Staates gerichteten Bestrebungen der polnischen Insurrektion auf sich ladet.

Zur Ausführung der vom deutschen Bunde beschlossenen Exekution in Holstein und zur Wahrung der Machtstellung und Ehre Preußens in der weiteren Entwickelung dieses Streits, bedurfte und bedarf die Regierung Seiner Majestät außerordentlicher Mittel für die Militair- und Marine-Verwaltung. Während das Herrenhaus in einer Adresse an des Königs Majestät seine vertrauensvolle Bereitwilligkeit zur Unterstützung der Krone in dieser ernsten Frage ausgesprochen hat, ist von dem Hause der Abgeordneten die erforderte Genehmigung zu einer Anleihe versagt und sogar die Bewilligung desjenigen Geldbedarfs verweigert worden, welchen Preußen, als Mitglied des Deutschen Bundes, beizutragen unzweifelhaft verpflichtet ist. Indem das Haus diesen Beschluß faßte, ist es so um so entschiedener mit der vertrauensvollen Gesinnung in Widerspruch getreten, von welcher das Preußische Volk für seine Könige jeder Zeit beseelt war, als des Königs Majestät in der Allerhöchsten Antwort vom 27. v. M. auf die Adresse des Hauses, Seine Gesinnung und Sein Königliches Wort als Bürgschaft dafür hingestellt hatte, daß die beantragten Geldmittel zum Schutze des Rechts und der Ehre des Landes verwandt werden würden. Der feindselige Charakter dieser Beschlüsse, in welchen sich das Bestreben ausdrückt, die auswärtige Politik der Regierung einem verfassungswidrigen Zwange zu unterwerfen, ist durch Resolutionen erhöht worden, durch welche die Mehrheit des Hauses der Abgeordneten, in der von ihr willkürlich aufgestellten Voraussetzung, kriegerischer Verwickelungen zwischen Preußen und anderen deutschen Staaten, im Voraus gegen das preußische Vaterland Partei nimmt.

Ein solches Auftreten des Hauses der Abgeordneten kann auf die Befestigung und Entwickelung unserer Verfassungs-Zustände nur verderblich einwirken, und es muß einstweilen auf die Hoffnung einer Verständigung verzichtet werden. Die Regierung Sr. Majestät wird sich aber unter allen Umständen für verpflichtet halten müssen, mit ganzer Kraft und in voller Ausübung der Königlichen Rechte für die Erhaltung des Staats und für das Wohl und die Ehre Preußens einzustehen. Sie hält an der Ueberzeugung fest, daß sie hierbei in der patriotischen Gesinnung des Landes eine ausreichende und wachsende Unterstützung finden werde.

Im Allerhöchsten Auftrage Seiner Majestät des Königs erkläre ich hiermit die Sitzung der beiden Häuser des Landtages für geschlossen.

Am Schluß brachte der Präsident des Herrenhauses, Graf Eberhard zu Stolberg-Wernigerode, ein Hoch auf Se. Majestät den König Wilhelm I. aus, in welches die Versammlung mit erhobener Rechten kräftig einstimmte.

Telegraphische Depeschen.

Dresden, Sonnabend, 23. Jan.

Ein Telegramm des „Dresdner Journals" meldet: In der gestrigen Bundestagssitzung erfolgte die Beschlußfassung wegen der Entlassung der österreichisch-preußischen Reserven des Exekutionscorps, vorbehaltlich der Herbeiziehung neuer Reserven aus den Bundestruppen. Auch wurde beschlossen, dem General v. Hake für sein Verhalten in Angelegenheit der Besetzung Schleswigs die Anerkennung Seitens des Bundes auszusprechen.

München, Montag 25. Januar.

Die Nachricht der „Süddeutschen Zeitung", daß Baiern mit Oesterreich über die schleswig-holsteinische Angelegenheit unterhandle und bereit sei, wenn die Großmächte Holstein dem Herzog Friedrich überlassen wollten, über Schleswig auf einer Konferenz zu unterhandeln, wird von der „Bayerschen Zeitung" für ganz unbegründet erklärt.

Hamburg, Montag 25. Januar.

Den „Hamburger Nachrichten" ist eine scharfe officiöse Widerlegung der in der letzten Murray'schen Note enthaltenen Behauptungen und der den Bundeskommissären gemachten Vorwürfe zugegangen, mit der Andeutung, die Bundeskommissäre würden jene Vorwürfe zum Gegenstande einer energischen Klageführung beim Bundestage machen.

Kiel, Montag 25. Januar.

Gestern kam mit Hülfe von Arbeitern, welche eine Rinne durch das Eis brachen, ein großes englisches Dampfschiff in den hiesigen Hafen.

London, Montag 25. Januar.

Die heutige Mittagsausgabe der „Times" enthält die officielle Mittheilung der englischen Regierung, daß die deutschen Großmächte den Einmarsch der Truppen in Schleswig weder suspendiren noch verschieben wollen.

Berlin, 25. Januar.

— Vergangene Nacht trafen die ersten österreichischen Truppen (Tyroler Scharfschützen) mittelst Extrazuges hier ein und wurden sofort über die Verbindungsbahn nach dem Hamburger Bahnhofe befördert, woselbst sie vor ihrer Weiterbeförderung einen zweistündigen Aufenthalt hatten, um sich zu restauriren. Um 4 Uhr passirte ein Extrazug mit Husaren, um 6 Uhr ein Extrazug mit Artillerie und um 8 Uhr Morgens ein Extrazug mit Infanterie hier durch. Die Truppen wurden von Sr. Majestät dem König und den königlichen Prinzen begrüßt.

Landtag.

Haus der Abgeordneten.

30. Sitzung, Freitag, 22. Januar.

Hr. Dr. Waldeck: Nachdem der Ministerpräsident uns den nackten Absolutismus vor die Augen gestellt hat, scheint es mir unnöthig, noch von allen Mitteln zu sprechen; durch Verweigerung der Anleihe haben wir unser letztes Mittel angewendet. Der Ministerpräsident hat seine besonderen Theorien von einem konstitutionellen preußischen Staat, aber so weit darf er nicht gehen, der Landesvertretung das Recht abzusprechen, die Anleihe zu verwerfen.

Kriegsminister v. Roon: Ich halte es für meine Pflicht, in dieser Angelegenheit das Wort zu ergreifen. Ich halte dies für keine angenehme Pflicht, denn der Ton der Debatte, der hier wiederholt seit einer längeren Zeit gebraucht wird, kann natürlich zu einem sonst denkbaren, erquicklichen Meinungsaustausch nicht gelangen lassen. Die Herren auf der Tribüne sind auf Grund Art. 84 zu jeder freien Meinungsäußerung berechtigt und dem Strafrichter dafür nicht verantwortlich. (Unruhe.) Das steht in der Verfassung. Die Herren machen von diesem Rechte den uneingeschränktesten Gebrauch, sie geniren sich in keiner Weise, sie haben ein Recht dazu, mögen sie es thun.

Auf der anderen Seite steht die Regierung Ihnen gegenüber, die die gleiche Freiheit nicht besitzt, und ich möchte das an und für sich noch für ein Glück halten, denn wollte man den leidenschaftlichen Aeußerungen von

jener (der linken) Seite in gleicher leidenschaftlicher Weise antworten, so würden wir bald zu amerikanischen Zuständen gelangen (Unruhe), wo man mit dem Revolver in solche Gesellschaften geht. (Unruhe und Heiterkeit.)

Ich bin vorzugsweise oder zunächst veranlaßt worden, das Wort zu ergreifen mit Bezug auf eine früher gemachte Aeußerung des Hrn. Abg. für Brandenburg, der es in meiner Abwesenheit für wünschenswerth erklärte, daß ich mich über diese Frage äußern möchte. So ist es mir hinterbracht worden, ich glaube, der Hr. Abg. wird dies zugeben. Ich muß zunächst dem, wie ich glaube, unbeabsichtigten Mißverständnisse entgegentreten, als sei im Schooße des Ministeriums über die Regierungs-Politik in dieser Frage irgend eine Spaltung vorhanden. Man hat mir die Ehre erwiesen, mich zu nennen, als den Stimmführer einer Partei, welche den Krieg für nützlich hielte und zwar den Krieg auf die Bedingung hin, und von den Voraussetzungen ausgehend, welche von der Majorität dieses Hauses als die einzig berechtigte Grundlage des Krieges angesehen wird. Ich muß bemerken, daß diese Annahme irrig ist, daß dazu auch niemals irgend der entfernteste Grund vorgelegen hat.

Meine Herren, Sie haben in der Majorität eine Frage, die für mich vollständig offen ist, bereits als erledigt betrachtet; das ist die Erbfolgefrage. Meinerseits stehe ich zu dieser Frage in der That auf vollständig neutralem Boden. Ich habe weder Sympathie für die Glücksburger, noch für die Augustenburger Linie, ich habe nur Sympathie für die Interessen Preußens, und wenn Sie wollen, in dem Sinne, wie ich es verstehe, auch herzliche Sympathien für Deutschland Ich könnte also, von solchen Voraussetzungen ausgehend, unmöglich auf der Grundlage für einen Krieg eintreten wollen, welche hier von der Majorität dieses Hauses als die einzig berechtigte hingestellt worden ist. Ich war der Meinung, der Krieg würde sich als eine Nothwendigkeit ergeben, weil es Rechte zu vertreten gab, weil Preußen die Pflicht hatte, Rechte geltend zu machen: nicht Erbfolgerechte, sondern politische Rechte, weil Preußen Verheißungen gemacht hatte, die leider späterhin durch die daran sich knüpfende Vergewaltigung Seitens der dänischen Regierung nur zum Gegentheil geführt haben.

Meine Herren, diesen Pflichten gegenüber halte ich den Krieg für nothwendig, wenn jenen Verheißungen und Verabredungen nicht im vollen Maaße Rechnung getragen wird. Es kommt darauf an, den Herzogthümern die ihnen auch von der preußischen Regierung in Aussicht gestellten Zustände zu sichern, nicht für heute und morgen, sondern für alle Zeiten. Ich habe mich früher gegen eine Behauptung ausgesprochen, die von der Tribüne gemacht worden ist, nämlich, daß die preußische Waffenehre verpfändet sei. Meine Herren, das ist unrichtig, es ist allerdings zuzugestehen, daß die Politik jener Tage, welche die unglückliche Wendung in den Verhältnissen der Herzogthümer eingeleitet hat, nicht diejenige ist, die ich auf den am glänzendsten beschriebenen Seiten unserer Geschichte finde. (Hört! Hört!) Meine Herren! Indem ich dies zugestehe, bezeichne ich zu gleicher Zeit die Tiefe der Empfindung für die Nothwendigkeit, alle dem abhelfend gegenüber zu treten, was durch die Politik jener Tage uns als eine Pflicht auferlegt worden ist. In dieser Meinung, meine Herren, ist das Ministerium niemals zwiespältig gewesen. Jene monströse Behauptung, die man hier geäußert hat, daß die Regierung damit umgehe, das Blut unserer Söhne und Brüder zu verspritzen, um den Dänen eine Provinz abzunehmen, bloß in der Absicht, um sie zu einer Vergewaltigung oder, wie die Presse sagt (und ich glaube, es ist hier auch so gesagt worden) um sie ihnen geknebelt wiederzugeben; (Unruhe) wie kann man einer Regierung solche unvernünftige Ziele unterlegen. (Sensation.)

Hier ist das vollständig unpassend, und in den Aeußerungen, die von dem Ministertische hier und anderwärts gefallen sind, liegt keine Berechtigung zu einer solchen Annahme. — Meine Herren, täuschen wir uns doch nicht gegenseitig! wir wollen offen mit einander reden! Ich glaube, daß ich im Allgemeinen den Ruf erworben habe, ehrlich und ohne Umschweif zu sprechen: also auch hier vollständige Offenheit. Die Herren wollen die Anleihe ablehnen, weil sie diesem Ministerium keine Mittel gewähren wollen zu einer kräftigen Aktion. (Ruf: Nein! nein!) Wenn das der Fall ist, so bedarf es doch natürlich anständiger Vorwände, um eine solche tendenziöse Politik vor dem Lande zu rechtfertigen, und alle die Reden, welche ich bis jetzt in dieser Angelegenheit gehört habe, verfolgen kein anderes Ziel, als das ablehnende Votum des Hauses durch solche Vorwände zu beschönigen. Denn ich glaube, Sie wissen sehr gut, daß es im Lande keineswegs nur eine Meinung in der politischen Frage giebt, aber davon abstrahire ich. Ich bin überzeugt — und ich glaube, Sie wissen das auch — die eine Meinung ist im Lande allgemein, daß, wenn die Regierung zu einer für die Aufrechthaltung ihrer Ehre und Würde erforderlichen Aktion die Mittel fordert, so ist das Land bereit zu geben, freilich aber nicht jene Majorität, die in Ihrer Weise Tendenzpolitik treibt, (Unruhe) und die auch das Mittel ergreifen möchte, um das Ministerium aus dem Wege zu räumen. — In Bezug auf eine Provokation, die gestern von der Tribüne von Seiten des Referenten an mich gerichtet worden ist, habe ich eigentlich keine Veranlassung in specie mich auszulassen. Er sagte — wenn ich ihn recht verstanden habe: Preußen solle in seiner europäischen Politik abhängig sein von den Beschlüssen des Bundes. Ich weiß nicht, ob ich ihn recht verstanden habe; wäre das aber der Fall, so habe ich darüber eigentlich wohl nichts zu sagen, und der Widerspruch, der in dieser Behauptung liegt, erklärt sich von selbst. Sie haben sich verschiedentlich auf die allgemeine Meinung in Preußen und in Deutschland berufen. Ich möchte an Sie die Frage richten: Wo ist Deutschland? Wie auch gestern der Herr Referent ausgesprochen hat. Ist Deutschland da, wo 12 Millionen wohnen unter so und so viel kleinen deutschen Fürsten, oder ist Deutschland, da wo die beiden deutschen Großmächte, berufen, für den Schutz und Schirm, für die Ehre und Interessen Deutschlands einzutreten, ihre Politik treiben? Ich bin der Meinung, daß die 28 Millionen Deutschen, welche durch die Großmächte repräsentirt werden und die ihren Regierungen folgen, mehr auf den Namen Anspruch haben: Gesammtdeutschland, als die 12 Millionen, die außer den Großmächten noch existiren. Das hat denn auch gestern sowohl als heute auf verschiedene Besprechungen geführt, die eigentlich zu der Frage in keiner direkten Verbindung stehen. Der Hr. Abg. für Saarbrücken hat die Frage aufgeworfen: was ist die deutsche Revolution? Die deutsche Revolution, hat er gemeint, müsse doch irgend einen haltbaren, werthvollen, inneren Gedanken haben, wenn sie überhaupt fruchtbar sein sollte. In dieser Beziehung gebe ich ihm vollkommen Recht. Er hat dann diesen haltbaren und werthvollen Gedanken gefunden in dem Worte: deutsche Einheit! Er hat gemeint, das Bestreben, die deutsche Einheit herzustellen, sei ein berechtgtes. Meine Herren, wenn das die deutsche Revolution sein soll, dann bin ich auch ein Revolutionair, denn der Wunsch, der lebhafte Drang nach deutscher Einheit, glauben Sie mir, ist vielleicht in keinem von Ihnen lebhafter als in mir. Aber, meine Herren, es handelt sich nicht um die Zwecke, sondern um die Mittel! Die Mittel sind es, die Sie wählen, die ich aber für revolutionär halte, nicht Sie meine ich, die hier vor mir sitzen, sondern die Partei, welche gegenwärtig in Deutschland die nationale Sache in ihrer Weise betreibt, sie zu der ihrigen gemacht hat. Es ist also in dieser Beziehung, glaube ich, ein großer Unterschied zwischen dem Ziel und den Mitteln. Man kann über ein wünschenswerthes Ziel vollkommen einverstanden sein und wird die Mittel verfluchen, die der Eine für unzweckmäßig erachtet, während der Andere diese Mittel als das einzige Palladium zum Zweck erachtet.

Derselbe Herr Abgeordnete hat gestern auch gesprochen von Preußens Großmachtsstellung und hat zu meinem großen Bedauern das Wort in seiner gelassenen Weise ausgesprochen: Preußens Großmachtstellung sei eine bloße oder blasse — genau habe ich es nicht verstanden — Renommage. Ich muß aufrichttg sagen, daß dergleichen Aeußerungen in diesem Hause, an jener unverantwortlichen Stelle, doch in der That keine Mittel sind, um die Sympathien, die für diese Zwecke auf dieser Seite des Hauses (zur Linken) zu finden sein möchten, zu Ihnen herüberzuführen. Es ist nach meiner Auffassung eine — ich fürchte, keinen parlamentarischen Ausdruck zu finden, darum überlasse ich es den Herren, das betreffende Hauptwort selbst zu suchen. Sobald Preußen — ist von diesem Platze gesagt worden — einmal gegen eine Großmacht gezeigt, daß es eine Großmacht sei, dann sprechen Sie wieder von einer preußischen Großmacht, bis dahin schweigen Sie davon. — Meine Herren! der verehrte Abgeordnete, dessen Gelehrsamkeit ja eine europäische Berühmtheit erlangt hat, scheint doch in der Geschichte des Vaterlandes noch keine große Fortschritte gemacht zu haben. (Heiterkeit.)

Ich muß bemerken, daß die Geschichte unseres Vaterlandes recht viele glänzenden Seiten aufzuweisen hat, aus denen dieser Beweis bereits geführt worden ist, und ich glaube, der Herr Abgeordnete wird das nicht bestreiten wollen. Der Herr Abgeordnete hat dann — und das beklage ich am meisten — sich noch auf eine Exkursion in Betreff der Demokratie und in Betreff der Armee und deren Stellung eingelassen. Ich muß sagen, wenn die Herren auch den Vorwand für das zu erlassende Votum herbeiziehen, daß sie sagen, die Regierung will die Niederwerfung der Demokratie, und wir sind die Demokratie, und wir wollen natürlicher Weise nicht niedergeworfen sein und wehren uns auch natürlich in dieser Weise, so finde ich das von Ihrem Standpunkte auch vollkommen berechtigt. Ich bestreite nur, daß Sie in Ihrer Gesammtheit die Demokratie sind, welche niederzuwerfen sei. Diese Demokratie, glaube ich, ist nicht sehr zahlreich vertreten, aber sehr vertreten ist leider Gottes die tendenziöse Neigung, mit dem demokratischen Aushängeschilde Parteipolitik zu treiben. Ich meine, daß die Niederwerfung der Demokratie in dem Sinne für die Regierung gar kein Bedürniß ist. Die Regierung hat sich nicht zu fürchten vor der Demokratie, und wenn hier große Worte gemacht worden sind, von der Furchtbarkeit der Idee und der durch die Idee in Bewegung gesetzten materiellen Kräfte, meine Herren, so erkenne ich auch darin einen Versuch, die Regierung bange zu machen. Ich habe recht schätzbare Proben von dem gleichen Bestreben in einer Sammlung sehr interessanter anonymer Briefe, die mir recht häufig zugehen, die denselben Zweck verfolgen, die jedoch keinem von Ihnen zugeschrieben werden sollen, die aber jedenfalls auch die Speculation machen, man müsse der Regierung bange machen, dann würde Sie schon zu Kreuze kriechen.

Meine Herren, die Rechnung ist ohne den Wirth gemacht, der Wechsel kann nicht gezogen werden, ich bin der anfrichtigen Ansicht, daß ich gar keine Veranlassung habe, mich vor der Demokratie oder vor demokratischen Bestrebungen und denjenigen Personen, die ihnen nachgehen, in diesem Hause zu fürchten. Wenn ich Sie ansehe, Mann für Mann, so begegne ich manchem Blicke, der mir in gewöhnlichen Privatverhältnissen nicht blos Achtung, sondern auch Vertrauen einflößen könnte, aber, meine Herren, Furchtbares habe ich noch an keinem von Ihnen gesehen. (Große Heiterkeit, Bravo rechts.) Wenn nun also eine solche Spekulation offenbar als eine mißglückte zu betrachten ist, warum setzen Sie noch das Geschäft in derselben Richtung fort, indem Sie auf die Armee kommen? Die Armee ist kein ideeller Körper, hat der Herr Abgeordnete für Saarbrücken gesagt, die Ideen der Zeit verfehlen nicht, ihren Einfluß in allen Schichten der Bevölkerung zu üben. Wie kann man daher glauben, daß die Armee davon unberührt bleibt? Meine Herren, die Armee wird auch von diesen Ideen berührt; es kommt nur darauf an, wie die Empfindung ist, welche die Berührung veranlaßt, ob sie eine angenehme oder eine unangenehme ist. (Heiterkeit rechts.) Die Armee wird in der That von den Ideen der Zeit berührt; wenn die Herren aber glauben, darauf Spekulationen gründen zu können, so muß ich bemerken, daß das eine falsche Spekulation ist. Ich muß ferner bemerken, daß das in diese Rubrik gehört, die ich bereits früher angezapft habe, die Rubrik von dem hohen Spiel, welches leicht verloren gehen kann. Es heißt in einem Dichterwort aus früheren Jahren:

Noch steht sein Thron wie immer
Als wie ein Fels im Meer,
Und rings ist Waffenschimmer:
Sein treues Heer.

M. H., das gilt noch heute, und wird gelten, so lange noch Preußens Könige über eine Armee verfügen wie die unsrige. Und wenn der Hr. Abg. für Bielefeld gesagt hat: Sie glauben die Ihrigen einzuziehen und Sie ziehen die Unsrigen ein, — so hat er damit unwillkürlich etwas sehr Schönes gesagt, nur in einem andern Sinne, wie er es meint, nämlich wir ziehen allerdings die Unsrigen ein. Unser Volk ist in der Armee vertreten und diese Volksvertretung ist, meiner Meinung nach, keiner andern nachzustellen, und unsere Wehrmänner und unsere Reserven und unsere Rekruten, wenn sie in die Armee treten, so schwören sie ihren Fahneneid, und es ist nicht gut, das seltene Beispiel zu denken, daß dieser Eid gebrochen wird. Auf die Heiligkeit dieses Eides hin, auf die treffliche Zucht, auf die treffliche Ordnung, auf den rühmlichen Geist, der sich in der Armee ausgesprochen hat, so lange die Armee besteht, darauf gründet sich das feste Vertrauen der Regierung, daß sie in der Armee niemals politischen Meinungsverschiedenheiten, politischen Divergenzen begegnen wird. Ich will keine Anschuldigung daran knüpfen, sonst läge es sehr nahe, verschiedene Aeußerungen, die gefallen sind, geradezu als Provokationen zu bezeichnen, die darauf gerichtet sind, ein Gefühl in der Armee zu schaffen, das in derselben noch gar nicht existirt. (Bravo rechts — Zischen links.)

Hr. Löwe (Bochum): Er und seine Freunde befänden sich in einer üblen Lage, so oft von der Armee die Rede wäre; denn redeten sie gegen dieselbe, so hieße man sie Feinde der Armee, redeten sie aber für die Armee, so bezeichnete man dies als ein Wühlen gegen den Kriegsherrn. Sehr wahr!) So scheine es denn, als ob die Armee für uns ein noli me tangere sein solle, für welches wir freilich die Ehre haben, alljährlich 40 Millionen zu zahlen. Wenn der Herr Kriegsminister von empfangenen Drohbriefen geredet habe, so habe auch er dergleichen erhalten, ohne den Hrn. Kriegsminister für deren Urheber zu halten. Er suche Preußens Machtstellung nur in der Einheit der Armee mit dem Volke, der Regierung mit der Landesvertretung; Deutschland aber erblicke er da, wo deutscher Sinn und deutsche Ehre sich finden, nicht aber im Auslande. In den Angelegenheiten der Herzogthümer sei die beste preußische Politik zugleich die deutsche, was sei aber von der preußischen Regierung zu erwarten, welche sage, die Fortschrittspartei, identisch mit der Demokratie, müsse niedergetreten werden, und welche gleichzeitig den Herzog von Augustenburg mit dieser Partei identifizire. (Sehr richtig!) Nachdem in Rastatt und Lüneville sich fremde Mächte in deutsche Angelegenheiten gemischt, sei das vom deutschen Geiste abgewandte Preußen im Jahre 1806 vernichtet worden; seine Umkehr habe es 1813 wieder erhoben, und seitdem könne es sich nicht mehr von Deutschland loslösen. „Wir schwärmen nicht für den deutschen Bund, wollen aber nicht das schmutzige Wasser weggießen, bevor wir reines haben.“ Redner erinnert den Ministerpräsidenten an den Oesterreich ertheilten Rath, seinen Schwerpunkt nach Pesth zu verlegen und fragt ihn, wie Preußen neben Oesterreich bestehen wolle, ohne sich auf die Sympathie Deutschlands zu stützen. Nach einer Erörterung der Stellung Schwedens zu einem skandinavischen Reiche und der Bedeutung der Herzogthümer in einem solchen, hebt Redner hervor, daß es ein politischer Irrthum sei, die Fortschrittspartei mit der alten Demokratie zu identifiziren, jene sei nur eine Coalitionspartei, gebildet, um auf dem Boden des Bestehenden diese Fragen in einer den Interessen Preußens und Deutschlands entsprechenden Weise zu lösen. Wolle man die Volksvertretung, dieses Zwischenglied zwischen König und Volk, beseitigen, so werde alsdann das Volk sich selber vertreten, ob dies im Schlosse oder sonst wo in angemessener Weise geschehen könne, wisse er nicht, aber „wir halten an der Verfassung eben so fest, wie die Soldaten des Kriegsministers an ihrer Fahne. (Bravo!) Ein Eid ist soviel werth, wie der andere!“ Zum Schlusse weist der Redner darauf hin, daß es nur an Napoleon liege, ein Protectorat in Deutschland zu übernehmen, und wenn er früher einen Rheinbund nach einer unglücklichen Campagne höchstens für möglich gehalten hätte, so sei es der Politik dieses Ministeriums gelungen, die Möglichkeit des Rheinbundes schon vor einer solchen unglücklichen Campagne zu schaffen. (Sehr richtig.) „Wir unterstützen jede Regierung, welche das Recht wahrt, sei es zunächst auch nur das territoriale. Die gegenwärtige Regierung hingegen giebt das Interesse Preußens auf für eine reactionäre Politik, denn eine reactionäre Politik ist undeutsch, wie sie unpreußisch ist.“ (Lebhaftes Bravo.)

Minister-Präsident v. Bismarck-Schönhausen: Es mag wohl für oratorische Leistungen nützlich sein, Fiktionen aufzustellen, in denen man dem Gegner Meinungen suppeditirt, die er nicht hat, Worte, die er nicht gesprochen, Thatsachen heranzieht, die nicht existiren; aber einen sachlichen Vortheil, glaube ich, hat es nicht, wenn man dergleichen Fiktionen mit dem Tone innerster Ueberzeugung und sittlicher Entrüstung widerlegt; nur der belletristische Werth des Materials, welcher hier producirt wird, kann dadurch gesteigert werden. Der Herr Vorredner hat damit geschlossen, daß er von dem Rheinbunde als von etwas Existirendem sprach, was unsere Politik geschaffen hätte. Ich kann Ihnen zu Ihrer Beruhigung sagen, daß wir von diesem Gebilde ebenso fern sind — in die Zukunft kann ich freilich nicht sehen — aber in

der Gegenwart ebenso fern sind, als unsere Beziehungen zu unseren deutschen Bundesgenossen, mit Ausnahme einiger weniger wichtigern Staaten erfreulicher Natur sind, nicht minder als mit dem Staate, welchem zu nutzen der Rheinbund geschlossen werden könnte. Also diese Fiction, welche im Tone des vernichtenden Angriffs gegen das Ministerium geschleudert wird, existirt nicht. Was soll ich ferner dazu sagen, wenn man uns mit anderen Persönlichkeiten in Parallele stellt, die nicht zutreffen, politische Systeme suppeditirt, die wir nicht haben. Zweimal hat der Hr. Redner mit besonderer Emphase die Namen Wöllner und Bischofswerder genannt, als nenne er die Namen des gegenwärtigen Ministeriums, und als ob der Kampf gegen ihre Tendenzen mit dem Kampf gegen dieses Ministerium zusammenfielen. Es sind das eben oratorische Hülfsmittel, die bei der Uebung des Hrn. Redners neuerdings zum Effect helfen können, aber ich könnte den Hrn. Redner ebenso mit Marat und Robespierre, mit ebenso viel und ebenso wenig Recht vergleichen, um ihn anzugreifen, indem ich gegen alles Unheil der ersten französischen Revolution losziehe. Ich wäre ebenso berechtigt dazu, wie er mit seinen Citationen. Der Hr. Redner hat angeführt, ich hätte in einer Depesche, die ich im vorigen Jahre an das österreichische Kabinet richtete, die Oesterreicher nach Ofen-Pesth in Ungarn verwiesen. Es ist dies gewiß ein Beweis, wie leicht man über solche Aktenstücke spricht, ohne daß man sich die Mühe giebt, sie zu lesen. Es steht kein Wort davon in der Depesche. Die ganze Depesche war ein Versuch, dasjenige Einverständniß mit Oesterreich zu erreichen, welches wir jetzt erreicht haben. (Anhaltende Heiterkeit.)

Der Herr Redner hat dann wieder die Annahme des skandinavischen Systems empfohlen. Es ist eine eigenthümliche Naivität unzünftiger Politiker, von der Tribüne aus dasjenige auszuführen, was die empfohlene Combination gründlich unmöglich macht und das Vertrauen des andern Theils auf dieselbe vernichten würde. Der Herr Redner treibt dieselbe Politik, die man mir zumuthet, wenn ich über die intimsten Angelegenheiten der Kabinette offen hier sprechen soll; wenn er sagt, wir könnten den Schweden Jütland gelegentlich wieder abnehmen; wir geben es ihm mit der Absicht, es ihm gelegentlich wieder abzunehmen, sagen ihm aber vorher, daß wir ihn über's Ohr hauen wollen 2c.; solche Dinge kommen wohl vor, aber wenn man solche Politik treiben will, so posaunt man das wenigstens nicht von der Tribüne aus. Sodann habe ich das Bündniß der Großmächte — und auf diese Worte bitte ich Gewicht zu legen — nicht als Basis der staatlichen Einheit Deutschlands empfohlen; daß diese damit nicht erreicht werde, sagt sich wohl Jeder; aber als die einzig mögliche Basis deutscher Einigkeit, so lange verschiedene deutsche Staaten bestehen, ist dieses Bündniß der Großmächte die einzige Möglichkeit, sie in Ewigkeit zu erhalten, und wenn derselbe Hr. Redner mit dem ihm eigenen Pathos erklärt hat, was den Bund angehe, so müsse man das schmutzige Wasser nicht eher fortgießen, ehe nicht reines vorhanden sei, so bemerke ich ihm, daß grade weil wir dieses Wasser, welches nicht durch uns getrübt worden ist, sondern von anderer Seite her, nicht ausgießen wollen, so halten wir die Einigkeit beider Großmächte für nöthig, denn wie soll das Zusammenhalten der Bundesstaaten erreicht werden, wenn die beiden Hauptmächte in Zwiespalt leben, es hätte, gerade der Hr. Redner aus der Citation meiner Depesche, welche vor übereilter Zerstörung des Bestehenden warnte, das Gegentheil folgern müssen von dem, was er daraus gefolgert hat. Ich knüpfe noch an eine frühere Aeußerung an, die ich vorher vergessen hatte zu berühren. Wir wurden verantwortlich gemacht für irgend Etwas, was in der offiziösen Presse gestanden hatte. Meine Herren, es giebt keine offiziöse Presse; es ist mein erstes Gewerbe gewesen, als ich das Ministerium übernahm, dieselbe abzuschaffen; ich fand, daß dies ein mangelhafter Zustand sei, wenn man die Regierung für jedes Wort verantwortlich machen konnte, welches in der Sternzeitung gestanden hatte, diese wurde dadurch zu einem verwässerten Staatsanzeiger. Ein solches Organ war unnöthig; wenn die Regierung öffentlich unter Verantwortlichkeit sprechen will, so hat sie zu dem Zweck den Staatsanzeiger, wobei keineswegs ausgeschlossen ist, daß sie sich durch andere Blätter vertreten läßt, wenn diese die Güte haben, der Regierung zu diesem Zweck ein Quantum weißes Papier zur Disposition zu stellen, ohne daß deshalb die Regierung eine Verantwortlichkeit für die Artikel übernimmt, die neben den inspirirten stehen. Der Hr. Vorredner hat uns mit der gleichen Entschiedenheit, wie der Hr. Abg. Waldeck, junkerhafte Gelüste vorgeworfen und der Hr. Abg. Waldeck hat als die erste und wichtigste Aufgabe des preußischen Königthums den Kampf gegen das Junkerthum bezeichnet. Meine Herren, was verstehen Sie eigentlich unter Junkerthum? ich will den Begriff nicht erschöpfen, aber ich glaube, unzertrennbar davon ist die Idee von der Ueberhebung in Ansprüchen auf Einfluß und Herrschaft, welche gesetzlich nicht begründet sind, oder der Mißbrauch der Privilegien, die einem gesetzlich zukommen (Zustimmung), in diesem Sinne giebt es aber auch ein parlamentarisches Junkerthum,— die Kasten sind wandelbar, sie gehen unter und es bilden sich neue — und wenn ein solches parlamentarisches Junkerthum, wie ich behaupte, sich gebildet hat, so sehe ich auch dessen Bekämpfung als eine der wesentlichsten Pflichten der preußischen Krone an. (Bravo rechts — Zischen links.)

Kriegsminister v. Roon: Der Hr. Vorredner, welcher zuletzt auf der Tribüne gestanden hat, hat einige Aeußerungen gethan, welche ich mich gedrungen fühle durch einige Bemerkungen zu erwiedern, weil ich das für Pflicht halte. In Betreff der Rheinbundspolitik, die der Hr. Vorredner dem Hrn. Ministerpräsidenten, also auch dem Ministerium Schuld gegeben hat, kann man den Spieß auch umkehren. Ich bin der Meinung, daß die Situation, welche gegenwärtig geschaffen worden, wesentlich dadurch geschaffen worden ist, daß die kleinen Staaten Deutschlands sich gemüßigt gesehen haben, aus Besorgniß vor irgend welchem Phantome sich den berechtigten Einflüssen der Großstaaten in gewissem Grade zu entziehen. Es sind aber diese Phantome nicht geschaffen worden von Preußen und Oesterreich, nicht von der preußischen Regierung, nicht von dem Hrn. Ministerpräsidenten, sondern sie sind geschaffen von der Partei, die Sie vertreten. Also die Rheinbundspolitik, als deren Urheber — sie existirt noch gar nicht — das Ministerium bezeichnet wird, würde gerade ihren Grund finden in den Reihen derjenigen Partei, zu der Sie sich bekennen. (Unruhe.)

Es ist ferner die Rede gewesen von preußischen und deutschen Interessen, von preußischen und deutschen Sympathien und von der Gegenseitigkeit der Sympathien. Der Hr. Vorredner hat daranf hingedeutet, daß sich Preußen im Augenblick, als es sich aus dem Zustande politischer Erniedrigung erhob, auch eng an Deutschland angeschlossen habe, das ist in gewissem Sinne wohl wahr, aber auch umgekehrt. Deutschland hat sich eng an Preußen angeschlossen in dem Augenblick, wo Preußen sich erhob, und ich glaube, wenn hier Eines die bewegende und das Andere die bewegte Masse ist, so ist Preußen die bewegende, nicht aber umgekehrt. Deutschland hat sich zuerst auf dem Schlachtfelde an Preußens siegreiche Heere angeschlossen und die engere und nähre Verbindung, die sich daran geknüpft hat, nämlich in der Zollvereinspolitik, ist nur eine Folge davon. Man hat von der schwankenden Politik gesprochen. Ich glaube, daß der Hr. Vorredner sich dabei in dem Irrthum befindet, daß, wenn man sich selbst in einer starken Bewegung befindet man dann Alles in Bewegung begriffen ansieht. Ich kann kein Schwanken, kein Hin- und Herbewegen von einer zur andern Seite finden, seitdem der Herr Minister-Präsident die Politik der Regierung leitet, ich kann versichern, daß wir ganz feste Ziele im Auge haben und gerade darauf lossteuern. Die Ursache, weswegen ich das Wort noch einmal ergriffen habe, bezieht sich aber auf mein spezielles Ressort. Der Herr Vorredner hat gesagt: Wir sind in der sehr üblen Lage, daß, wenn wir zu Gunsten der Armee sprechen, man uns Provokationen, Auflehnung und alles Mögliche sonst vorwirft, wenn wir aber gegen die Armee auftreten müssen, wenn wir die Erfordernisse für die Armee beschränken müssen, wenn wir von der — was er nicht gesagt hat, was ich aber einschiebe — wenn wir von der großen Kluft sprechen, — wovon übrigens nicht mehr gesprochen wird, — dann treten wir gegen die Armee auf, und wir wissen garnicht, in welcher Weise wir uns da helfen sollen, wir müssen also die Armee betrachten als ein noli me tangere. Dieser Schluß ist vollkommen richtig. (Große Heiterkeit.)

Ich glaube, daß die Versicherungen des Hrn. Abg., daß er die ihm etwa zugegangenen Briefe mir nicht zuschreibe, vollkommen überflüssig waren. (Unruhe links.) Ja, meine Herren, es war vollkommen überflüssig, um deswillen, weil ich glaube, daß das Niemanden auch nur im Traume einfallen könnte.

Was die parlamentarische Form anlangt, auf die er Bezug genommen hat im Eingange seiner Rede, so erkenne ich mit Bescheidenheit an, daß er in rednerischer Beziehung mir bei Weitem überlegen ist. Wenn es sich darum handelt, daß der Recht hat, der bei seinen Tendenzen und Behauptungen die Worte am schönsten zu gebrauchen weiß, so erkenne ich ihm unbedingt die Palme zu. Einem solchen Manne kann es nicht schwer werden, in höflichsten Worten die allerbittersten Sachen zu sagen; ich glaube aber, daß ich eben um deswillen, um dieser meiner großen Unwissenheit willen auch die Nachsicht der Herren in Anspruch nehmen darf, wenn mir das rechte Wort zu finden in dem rechten Augenblick mitunter nicht gelingt. (Bravo rechts.)

Darauf wird die Generaldiskussion abermals geschlossen. Nach einigen persönlichen Bemerkungen erhält das Wort als Antragsteller Hr. Schulze (Berlin.) Der Redner wendet sich an den Abg. v. Blankenburg, indem er bemerkt, daß er geglaubt habe, jene Partei werde die Regierung mit allen ihr zu Gebote stehenden materiellen Mitteln unterstützen, nicht aber mit solchen Mitteln, wie sie gebraucht, seien, mit Denunziationen 2c., wie der Abg. Wagner sie gemacht. „Desavouiren Sie den Herrn, wenn er nicht im Sinne Ihrer Partei gehandelt hat!" — Es sei schon einmal eine Aeußerung hinsichtlich des Revolvers gefallen und der damalige Präsident habe gegen dieselbe den strengsten Ordnungsruf erlassen. Solche Eventualitäten könnten nur vorkommen, wenn es Männer im Hause gäbe, die sich der Leitung der Debatte durch den Präsidenten nicht unterwerfen wollten. Nur unter solchen Umständen könnten solche Dinge vorkommen. Die Abgeordneten machten Gebrauch von ihrem verfassungsmäßigen Rechte, die Regierung aber lehne die Verantwortlichkeit ab, da sie noch immer Anstand nehme, das durch die Verfassung verheißene Ministerverantwortlichkeits-Gesetz vorzulegen. Das Haus hatte, bevor die Regierung mit einer Forderung an dasselbe hervortrat, schon bestimmte Grundsätze aufgestellt, und deshalb könne man es nicht beschuldigen, daß es Tendenzpolitik betreibe. Durch die Annahme der Resolution werde ich das Haus, wenn die Regierung mit weitern Forderungen komme, gegen den Vorwurf der Tendenzpolitik schützen. Das Haus habe Grund zum Mißtrauen gegen eine Regierung, welche die verfassungsmäßigen Rechte des Landes verkümmere, und es würde jedem Ministerium, welches eine solche Politik verfolge, die Mittel verweigern, es möge einer Partei angehören, welche es wolle. Er empfehle die Annahme des Amendements Groote.

Herr Wagner (Neustettin) vertheidigt sich gegen die Anschuldigungen des Abg. Schulze, er beruft sich auf sein veröffentlichtes Schreiben an den Geh. Rath Engel, welches er mittheilt.

Herr Schulze verspricht ihm, falls er die Unrichtigkeit der erhobenen Beschuldigung beweise, ihm eine genügende Erklärung zu geben, bis jetzt sei er aber nicht überzeugt.

In der nun folgenden Spezialdiscussion über die Regierungsvorlage spricht Herr von Bonin gegen §. 1. der Regierungsvorlage, ist aber bei der im Hause herrschenden Unruhe fast unverständlich. Die Regierung hätte jetzt bei veränderter Sachlage die Vorlage zurückziehen sollen, wenn sie korrekt verfahren wäre, und eine andere einbringen müssen. Er stimme gegen die Regierungsvorlage, werde aber auch gegen die Resolution stimmen, die er nicht für zweckentsprechend halte.

Die Diskussion wird darauf geschlossen und §. 1. mit großer Majorität abgelehnt. Dafür stimmen nur die Konservativen und ein Theil der katholischen Fraction, darunter Hr. Reichensperger. Ebenso die übrigen Paragraphen ohne Diskussion. Bei der namentlichen Abstimmung über die ganze Regierungsvorlage wird dieselbe mit 273 St. gegen 51 abgelehnt.

Bei der nächstfolgenden Abstimmung wurde das Amendement der Abg. Groote und Genossen bei einer zweifelhaften Abstimmung durch Zählung mit 145 gegen 105 Stimmen angenommen. (Die Polen enthielten sich der Abstimmung.

Demnächst schreitet das Haus zur Abstimmung über die von der Commission beantragten Resolution, welche mit großer Majorität angenommen wurde. (Dagegen die Conservativen und die Katholiken).

Dann wird die Sitzung geschlossen.

Berlin, Sonnanend, 23. Jan. In der heutigen Militairdebatte des Abgeordnetenhauses wiederholte der Kriegsminister den Gang der Ereignisse seit 1860. Die Regierung habe stets bona fide gehandelt. Es sei unmöglich, die Armeeorganisation rückgängig zu machen. Es sei aber auch keine Aussicht auf Verständigung. Seitdem die Majorität des Hauses nur den Sturz des Ministeriums beabsichtigte, sei jeder Versuch zu desfallsigen Vorschlägen vergeblich. Im Uebrigen beharrte der Minister auf der Nothwendigkeit der dreijährigen Dienstzeit. Nachdem der Abg. Waldeck gegen den Kriegsminister gesprochen und die Schuld vom Abgeordnetenhause auf die Regierung zurück gewälzt, wurde die Fortsetzung der Debatte bis Montag vertagt.

Berlin, Sonnabend, 23. Jan. In der heutigen Sitzung des Herrenhauses fand die Berathung des Staatshaushaltsetats für 1864 statt. Der Antrag des Grafen v. d. Gröben, die Diäten und Reisekosten für die Abgeordneten fortfallen zu lassen, wurde abgelehnt. Der Finanzminister gab eine motivirte Ablehnung des amendirten Etats anheim, war also nicht direkt für die Wiederherstellung des Regierungsentwurfs. Das Budget mit den vom Abgeordnetenhause gemachten Aenderungen ward mit großer Majorität abgelehnt. Ueber den Antrag, den Regierungsentwurf anzunehmen, wurde namentlich abgestimmt. Es stimmten dafür 58, dagegen 17 Mitglieder. Der Herzog v. Ujest, der Prinz v. Hohenlohe u. Gen., im Ganzen 6 Mitglieder, enthielten sich der Abstimmung.

Lokales und Provinzielles.

Danzig, den 26. Januar.

— [Königl. Marine.] Von dem Kommando der Seewehr sind gestern bereits Ordres zur Einberufung des 1. Aufgebots und der Seedienstpflichtigen der zweiten Altersklasse ertheilt.

— Das Fort Neufähr soll höherer Anordnung zufolge sofort mit kriegsmäßiger Besatzung versehen werden.

— Der Assessor Kleineisen ist zum Nachfolger des Polizei-Rathes v. Schultzendorff als etatsmäßiger Polizei-Assessor ernannt worden.

— Zum Besten der Klein-Kinder-Bewahr-Anstalten wird am 30. d. M. Herr Prediger Müller im großen Saale des Gewerbehauses eine Vorlesung halten über das Thema: „Die Loreley im Lichte des Christenthums." Ein überaus interessantes Thema, dem unzweifelhaft der geistvolle Vortragende Seiten abzugewinnen im Stande ist, welche von hoher culturhistorischer Bedeutung sind.

— Unserm Landsmann, dem in Berlin lebenden Componisten Edwin Schultz, ist von dem Vorstande des oberösterreichischen Sängerbundes, welcher ein Preisausschreiben für große Männerchöre erlassen hatte, der Preis für seine Composition: „Stürme des Frühlings, brechet herein", Dichtung von B. Scherenberg, zuertheilt worden, und ist derselbe gleichzeitig eingeladen, das Werk bei dem im August d. J. in Linz (Oberösterreich) stattfindenden Bundesfeste persönlich zu dirigiren.

[Danziger Handwerker-Verein.] Zu den Wundern der Jetztzeit gehört auch die Dirschauer-Brücke, welche sich in unserer Nähe befindet und unter der Regierung Friedrich Wilhelms IV., des nicht minder romantischen als philosophisch enthusiasmirten Königs, erbaut worden ist. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Brücke ein schöneres Denkmal ist, als alle Reiterstatuen, welche man vielleicht später dem eben so genievollen wie unglücklichen Manne auf dem Throne wird gießen lassen. Denn man wird aus diesem gigantischen Bauwerk erkennen, daß der viel verkannte Monarch dennoch ein ächtes Kind seiner Zeit war. Herrn Krügers Vortrag bewegte sich einzig und allein auf dem Gebiete der Technologie, dabei aber hatte er das große Interesse, daß er das so viel als ein Wunder angestaunte Bauwerk unserer Zeit auf ganz natürlichem Wege erklärte. Seinem sachlich ausgezeichneten u. sprachlich gewandten Vortrage folgte ein einstimmiges Bravo der Versammlung.

— Der Kaufmann Herr E. Brückner feierte gestern im Leutholtzschen Locale sein 50jähriges Bürger-Jubiläum

— Heute hält Herr Röckner im Gewerbehause einen Vortrag über das von Renan verfaßte „Leben Jesu". Es ist merkwürdig, daß diese Arbeit des französischen Schriftstellers, die jeder philosophischen Erkenntniß baar ist, in der Jetztzeit, nachdem die gründliche Speculation von Strauß den Gegenstand vollkommen erschöpft hat, noch von einem deutschen Gelehrten zu einer Vorlesung benutzt wird. Man würde besser thun, an Strauß anzuknüpfen und dabei die Schriften des genialen deutschen Philosophen Michelet zu lesen, um aus diesen über die wichtigsten religiösen, politischen und socialen Fragen, welche unsere Zeit aufgeworfen, belehrt zu werden.

— Der Schwiegervater des entwichenen Kaufmanns Meseck jun., Rentier Niedball, ist gestern Abend in Folge des ausgebrochenen Konkurses der Firma „Gebrüder Meseck" verhaftet worden. — Der entflohene Schwiegersohn soll in Toulon festgenommen und bei ihm eine bedeutende Summe Geldes gefunden sein.

— Gestern ist am Militair-Kirchhofe eine stark in Verwesung übergegangene männliche Leiche von etwa 40 Jahren gefunden worden.

Die Shakspeare-Abende des Hrn. v. Bach.

Den deutschen Shakspeare nach unseren meisterhaften Uebersetzungen in dramatischer Lectüre dem Publikum vorzuführen, — diesen Dichter, dessen stets lebensvolle und wahre Empfindungen dem Laien nicht minder als dem Eingeweihten das dem verschiedenen Standpunkte entsprechende höchste Interesse einflößen, bildet ein schon sehr dankenswerthes Unternehmen. Dasselbe hat, wie allbekannt, namentlich bei unsern epochemachenden Vorlesern älterer und neuerer Zeit die bedeutendsten Erfolge gehabt. Ein doppeltes Verdienst erwerben sich aber Shakspeare-Abende im Anfange dieses Jahres. Sie sind die würdigste Vorbereitung zu dem nahenden Säcularfeste, welches im kommenden April wenn auch nicht eine Weltfeier werden, so doch vornehmlich in unserem Vaterlande mannigfachen Wiederhall finden wird. Denn Deutschland ist nach dem eigenen Geständniß Englands diesem in einer tiefern Auffassung des beregten Dichterheroen voraus.

Zu diesem Allen kommt bei den Shakspeare-Vorlesungen des Herrn von Bach noch das einschlagendste Moment. Er beläßt dem ersten und schwierigsten aller neueren Dramatiker auch vor dem deutschen Auditorium die Originalsprache. Dieser Umstand an und für sich, ganz abgesehen von dem rühmlichen Vorlesertalent des Herrn v. Bach, ist höchst anerkennenswerth. Wenn wir auch nicht besonders betonen wollen, daß bei Vielen hier das Nützliche mit dem Angenehmen verbunden werden kann, so verleiht es doch dem gewählten Publikum, welches sich bei Herrn v. Bach einfindet, einen mächtigen Reiz, den Klängen wieder zu lauschen, die ihm längst heimisch geworden sind, und manche Erinnerung aufzufrischen. Wir halten es für einen zeitgemäßen Gedanken, der geistigen Elite des Danziger Publikums in einer fremden Sprache Vorlesungen zu bieten. Wir hoffen, H. v. Bach werde auch im nächsten Winter mit Vorlesungen eines andern englischen Dichters vorgehen.

Mit dem morgenden Abend schließt der Cyclus schon ab. Zu dem das Ende krönende Stück ist Macbeth gewählt worden. Hrn. v. Bach wird hier vorzüglich Gelegenheit geboten, seine Gaben eines dramatischen Vorlesers zu bethätigen. Wir möchten wünschen, daß für diese letzte Vorlesung auch aus den weiteren Schichten der Kenner der englischen Sprache, die in unserer Stadt nicht fehlen, eine recht rege Betheiligung an den Tag gelegt würde. —

Herrn Böttcher's Vorträge im Apollosaale.

(Fortsetzung.)

Klarheit, Schärfe und Bestimmtheit des Ausdrucks in einem Vortrage sind Vorzüge, die man nicht hoch genug schätzen kann. Sie sind in vielen Fällen geeignet, das Verständniß für den vorgetragenen Gegenstand gleichsam zu erzwingen, nämlich bei denen, welche, an Energielosigkeit des Denkens leidend, die bekannten Ochsen sind, welche fürchten, bei einer neuen Erfindung oder einem neuen Fortschritt für ein Dankopfer verwendet zu werden. Indessen weiß Jedermann, der sich seiner geistigen Entwickelung bewußt ist, ein wie wirkungsvolles Mittel für das Verständniß neben der Schärfe und sprachlichen Gewandtheit des Ausdrucks die bildliche Darstellung ist. In dieser nun aber ist Herr Böttcher ein Meister, der seines Gleichen nicht aufzuweisen hat. Die bildlichen Darstellungen gehören dem Reiche der Phantasie an; ihre Schwingen sind es, deren sich auch gerne der nüchterne und trockene Verstand bedient, um zu seinem Ziele zu gelangen. Indem es Herr Böttcher verstanden, die beiden mächtigsten Factoren der Erkenntniß zu verbinden, ist er aber auch zugleich im Besitz derjenigen Methode, welche in jeder Beziehung dem Entwickelungsgesetz der Menschheit entspricht. Die Schöpfung besteht, wie die wirklichen Gelehrten sagen, darin, daß die Materie eine Form erhalten. Herr Böttcher hat uns in früheren Vorstellungen über diesen Prozeß die anziehendsten und schönsten Bilder vorgeführt; er thut aber bei seiner jetzigen Anwesenheit unter uns noch viel mehr; seine Vorträge und bildlichen Darstellungen zeigen uns die Construction der Materie, um uns die Erkenntniß des Weltbaues und seiner Gesetze zu lehren, worin allerdings die erste und vornehmste Aufgabe des Physikers besteht.

(Schluß folgt.)

Gerichtszeitung.

Criminal-Gericht zu Danzig.

[Diebstähle]. Unter der Beschuldigung, in Gemeinschaft mit Andern mehrere Diebstähle verübt zu haben, nahmen vorgestern folgende vier Personen die Anklagebank ein: 1) Der Arbeiter Wilh. Karl Maaß (in der Gefangenkleidung aus der Haft vorgeführt), 2) die unverehelichte Wilhelmine Kaminska, 3) die unverehel. Renate Kornath, 4) der Arbeiter Carl Eduard Saß (in der Gefangenkleidung aus der Haft vorgeführt). Bei der unverehel. Kaminska, welche bei der unverehel. Kornath wohnte, verkehrte im Jahre 1862 häufig der Arbeiter Maaß, indem er vorgab, die K. zu heirathen. Maaß, ein schon vielfach bestrafter Mensch, suchte diese beiden Personen in seine Diebspläne einzuweihen und sie zu überreden, mit ihm gemeinschaftlich zu stehlen. Es gelang ihm dies denn auch. Eines Sonnabends im Februar 1862 sollte der erste Versuch gemacht werden. Der Verführer begab sich mit den beiden Frauenpersonen nach der Goldschmiedegasse, um in den Gold- und Silberläden daselbst eine günstige Gelegenheit zu erspähen. Nachdem die Drei einen der Läden besucht und in diesem nicht zum Ziele gelangt waren, begaben sie sich in den Laden des Herrn Stumpf, in welchem sie es mit Anwendung einer großen Schlauheit dahin brachten, eine goldene Uhr zu stehlen. — Diese Uhr wurde noch desselben Tages einer Frau, Namens Wolschon, zum Kauf angeboten. Da diese aber nicht Geld genug hatte, um sie auf der Stelle zu bezahlen, so gingen die Diebe zu der bekannten Hehlerin Woiwotka, welche gegenwärtig im Zuchthaus zu Graudenz sitzt, und verkauften bei dieser die Uhr für 5 Thlr. Die Woitwotka wollte natürlich die Uhr mit Profit wieder verkaufen, und beauftragte einen ihrer Geschäftsfreunde, den Verkauf zu ermöglichen. Dieser begab sich, ohne zu wissen, daß er in die Falle ging, stehenden Fußes in den Laden des Herrn Stumpf, um sich hier seines Auftrags zu entledigen. — Die zum Kauf angebotene Uhr wurde sofort als die im Laden gestohlene erkannt und in Beschlag genommen. Es wurden denn auch später die drei Personen entdeckt, welche den Diebstahl verübt. Bevor dies geschah, setzte indessen Maaß mit den genannten beiden Frauenpersonen seine Diebsversuche fort und beabsichtigte eines Tages im Monat März, in einem Kleiderladen einen Diebstahl auszuführen. Nachdem bereits ein Versuch mißlungen war, kam die Bande zu Herrn Kokosky am Holzmarkt. Die beiden Frauenpersonen redeten allerhand Zeug durch einander, um Herrn Kokosky's Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, während Maaß seinen Blick durch die Räume des Ladens schweifen ließ. Später suchte er selber mit Herrn Kokosky ein Gespräch anzuknüpfen, worin er sehr weitschweifig auseinander setzte, daß er vor einiger Zeit in einem andern Kleiderladen, als er eines Rockes bedürftig gewesen, einen sehr schlechten Kauf gemacht. Herr Kokosky möchte doch nur einmal, sagte er, das Unterfutter des Rockes ansehen, um sich von dem schlechten Kauf zu überzeugen. Bei der Expectoration über denselben practisirte Maaß Herrn Kokosky den Rockschooß in der Weise vor das Gesicht, daß dieser gar nicht sehen konnte, was im Laden vorging. Indessen eigneten sich die beiden Frauenpersonen ein Paar Beinkleider an und entkamen mit demselben. Später wurde auch dieser Diebstahl entdeckt. Als Maaß im October v. J. mit den Arbeitern Saß, Schmolinski und Klemmstein auf der Straße zusammen traf, erklärten Saß und Schmolinski, daß sie unbedingt ein Paar Stiefel haben müßten. Maaß entgegnete, daß in diesem Falle ein Schuhmacherladen zu besuchen sei, und daß sich der Laden des Herrn Schuhmachermeisters Kreft in der Petersiliengasse wohl am besten für den Zweck eignen würde. Es besuchten darauf auch alle vier Männer diesen Laden, ließen sich eine Menge Schuhe und Stiefel vorlegen, probirten immer während einzelne Paare an und redeten entsetzlich viel. Indessen verschwand plötzlich ein Paar Schuhe. Hierauf wollte Maaß den Laden verlassen. Die Frau Kreft sagte, er möchte doch so lange warten, bis sich das verschwundene Paar Schuhe wieder gefunden hätte. Ob dieser Aeußerung that Maaß sehr entrüstet und sagte, man möchte nur nicht glauben, daß er ein Dieb sei; man möchte, damit er gerechtfertigt dastehe, seine Kleider durchsuchen. Wie man nunmehr entdeckte, war das Paar Schuhe unter einen an der Thür stehenden Stuhl gesetzt worden, von wo es die Diebe beim Fortgehen hätten leicht fassen können. Den Vorsatz, in diesem Laden zu stehlen, gab die Bande nach dem mißlungenen Versuch jedoch nicht auf. Maaß stellte in einer scheinbar großen Entrüstung Hrn. Kreft zur Rede, daß derselbe geglaubt, es seien Spitzbuben in dem Laden. Während dieser Zeit entfernten sich Schmolinski und Klemmstein, und Saß nahm, von Herrn Kreft in der Hitze des Gesprächs nicht bemerkt, ein Paar Stiefel im Werthe von 4 Thlrn., um mit demselben zu entwischen. Indessen wurde die Manipulation des Diebes von Frau Kreft bemerkt. Diese gab ihrem Manne einen Wink, welcher in Folge dessen, als Saß davon gehen wollte, diesen festzuhalten suchte. Jetzt versetzte Maaß Hrn. Kreft einen heftigen Hieb in's Gesicht, so daß dieser von der Festnahme abstehen mußte. Als hierauf die Nichte des Herrn Kreft dem Dieb nachlaufen wollte, bekam auch sie einen Hieb von Maaß. In der allgemeinen Verwirrung, welche entstand, ergriff Frau Kreft eine Lampe, mit welcher sie der Verfolgung des Diebes förderlich sein wollte; aber auch auf sie drang Maaß ein und schlug ihr die Lampe aus der Hand. — Der Herr Staatsanwalt bezeichnete diese Methode des Diebstahls als eine nahe an Raub streifende. — Die Schuld der Angeklagten, von denen übrigens nur die Kaminska ein offnes Geständniß ablegte, wurde durch die Zeugenvernehmung in das schärfste Licht gestellt und demnach Maaß zu zwei Jahren, die Kornath zu 6 Monaten, die Kaminska zu 4 Monaten und Saß zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt.

Meteorologische Beobachtungen.

25	3½	336,13	+ 4,2	NW. Sturm, dicke Luft, zuweilen durchbrochen.
26	9	339,58	+ 2,6	WNW. stürm. hell, Kimm bew.
	12	339,80	+ 2,8	do. do. bewölkt.

Schiffs-Rapport aus Neufahrwasser.

Angekommen am 25. Januar:
Gallilee, Dampfschiff Smyrna, v. Rostock, m. Ballast.

Angekommen am 26. Januar:
5 Schiffe mit Ballast.

Aus See retournirt: Arnesen, Atttrdag.
Nichts in Sicht. Wind: WNW.

Geschlossene Schiffs-Frachten am 26. Januar.

Per Frühjahr wurden hier liegende Schiffe zu folgenden Raten abgeschlossen:

London 17 s. u. Belfast 20 s. pr. Load Balken. Dublin 20 s. pr. Load Balken u. □ Sleepers. Tynedock 13 s. u. Grimsby 15 s. pr. Load □ Sleepers. Malaga 31 s. pr. Load □ u. Cadix 28 s. pr. Load ⌓ Sleepers.

Börsen-Verkäufe zu Danzig am 26. Januar.

Weizen, 100 Last, 134pfd. fl. 435; 136pfd. fl. 430; 133 bis 134pfd. fl. 415, 427½; 132.33pfd. fl. 410, 415; 131.32pfd. fl. 410; 129.30pfd. fl. 382½; 128.29pfd. fl. 365, 375, 390 Alles pr. 85pfd.

Roggen, 120pfd. fl. 213; 122pfd. fl. 216; 125.26 126pfd. fl. 222; 127pfd. fl. 223½ pr. 81⅝ resp. 125pfd.

Bahnpreise zu Danzig am 26. Januar.

Weizen 125—130pfd. bunt 58—64 Sgr.
126—134pfd. hellb. 62—71 Sgr. pr. 85pfd. Z.-G.
Roggen 120—129pfd. 35½—37½ Sgr. pr. 125pfd.
Erbsen weiße Koch- 41—42½ Sgr.
do. Futter- 37—40 Sgr.
Gerste kleine 106—114pfd. 30—33 Sgr.
große 112—120pfd. 22—36 Sgr.
Hafer 70—80pfd. 20—23—24 Sgr.
Spiritus 12¾—12⅚ Thlr. pr. 8000 %

Stadt-Theater zu Danzig.

Mittwoch, den 27. Januar. (4. Abonnement No. 19.)
Am Geburtstage **Mozart's**: **Figaro's Hochzeit.** Oper in 4 Akten von Mozart.

Donnerstag, den 28. Jan. (4. Abonnement No. 20.)
Mein Mann geht aus. Lustspiel in 2 Akten von Börnstein. Hierauf: **Die böse Nachbarin**, oder: **Das war ich.** Operette in 1 Akt von J. C. Klerr.

Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von Edwin Groening in Danzig.